

# Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Montag, den 30. Dezember

1918.

Verpflichtung täglich  
mit Rücksicht der  
Sonn- und Festtage.  
Preis vierteljährlich  
hier mit Trägerlohn  
RM. 2.10, im Bezirk  
und 10-Km-Bereich  
RM. 2.10, im übrigen  
Württemberg RM. 2.20  
Monats-Abonnement  
nach Verhältnis.

Kunzigen-Verlag  
für die einseitige, Zeile aus  
gewöhnl. Schrift oder  
breiten Raum bei einseitiger  
Einrichtung 12 Pfg.  
bei mehrmaliger  
entsprechend Rabatt.

Fernsprecher 29  
Postfachamt  
6118 Stuttgart.

305

## Neujahrswunsch-Enthebungskarten

Die Ortsarmenbehörde hat beschlossen, auch heuer wieder die

Bei einer Karte im Preis von mindestens 1 A bei der Armenpflege (Stadtpfleger Leuz) eintrifft, von dem wird angenommen, daß er auf diese Weise seine Wünsche zum neuen Jahr darbringt und ebenso seinerseits auf Besuche und Kartenzuschreibungen verzichtet. Wir laden zu zahlreicher Beteiligung mit dem Anfügen ein, daß die Liste der Teilnehmer noch zeitig vor dem Jahresabschluss im Gesellschafter bekannt gegeben und daß der Betrag der Karten unter die verarmten Hausarmen verteilt wird.

Nagold, den 20. Dez. 1918.

Die Vorstände der Ortsarmenbehörde:  
Dehan Pfleiderer. Stadtschultheiß Maier.

## Sicherung der Volksernährung.

Von A. Schmid, Wolmirstedt.

Die Nachschäber haben die Plätze gewechselt. Durch eine Reduktion von noch nie gekanntem Umfange wollen die Männer von heute ihre Beschäftigung zum Regieren bewahren. Ein Brillantfeuerwerk von volksbeglückenden Ideen: Ueberführung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft, Wiederbelebung der Produktionskraft und Intensität usw., prasselt auf das deutsche Volk hernieder. Eine Fata Morgana von blendender Pracht zeigt sich dem geistigen Auge und beweist, daß uns auch in Zukunft, wenn unsere Feinde uns auch allen nehmen, die Herrschaft im Lustreich des Traumes unberührt gehören wird. Die Natur des Deutschen hat sich weder vor, noch während des Krieges verändert und tritt jetzt in aller Schärfe hervor. Wir leben und arbeiten nicht mit und in der Wirklichkeit. Dies zeigt sich jetzt wiederum auch in wirtschaftlicher Beziehung. Es ist eine unläugbare Tatsache, daß die werdenden und stehenden Mütter, die Säuglinge und die Kinder in den ersten Lebensjahren an einer Unterernährung leiden, die ungeheure Opfer fordert und zu einer nie wieder gutzumachenden Schwächung des heranwachsenden Geschlechtes führt.

### Die Ursache ist der Mangel an Milch.

Um diese Quelle der Jugendkraft nicht ganz zum Verliegen gelangen zu lassen, wäre die Beibehaltung der von uns unter anderen wirtschaftlichen Maßnahmen empfohlenen fleischlosen Wochen ein bringendes Erfordernis der Volksernährung gewesen. Ohne Rücksicht auf diese, lediglich aus politischen Gründen hat man diese Wochen aufgehoben. Klüger wäre es gewesen, die Bevölkerung über ihre Bedeutung für die Ernährung der Mütter und Kinder aufzuklären.

### Eine Schonung der Milchviehbestände muß aber unbedingt angestrebt werden,

und hierzu bieten sich zwei Möglichkeiten. 1. In Nr. 24 der Deutschen Tierärztlichen Wochenschrift bespricht Veterinärarzt Witt, Colbe a. S., die Verwendungsmöglichkeit von „Fleis“ und „nischenen Kälbern“. Witt kommt zu der Feststellung, daß das Fleisch von nischenen Kälbern in vielen Fällen eine bessere Beschaffenheit hat als das von 8 bis 14 Tage alten Tieren. Witt will, daß alle Kälber, die lebend zur Welt kommen, gleichgültig in welcher Weise, für die menschliche Ernährung Verwendung finden und sei es auch nur zur Wurst, zu welcher sich ihr Fleisch gut eignen soll. Diese Angelegenheit empfehlen wir einer eingehenden, schnellen Prüfung, da alle Wege, welche die Fleischnot zu mildern scheinen, beschritten werden müssen. 2. Von größerer Wichtigkeit ist aber die Frage der Bewertung des Pferdefleisches. Durch den Demobilisierungsvorkauf von Pferden kommen sehr viele Pferde auf den Markt, die zu Zugwecken nicht mehr brauchbar sind und zur Abschachtung gelangen müssen. Wir sehen daher in allen Orten Rosschlächtereien wie Pilze aus der Erde schießen und einen großen Teil der Bevölkerung in Fleisch und Fett schlammern. Diesen Luxus können wir uns aber bei unseren sehr schwierigen Ernährungsverhältnissen doch nicht leisten. Zur Schonung der Rindvieh- und besonders der Milchviehbestände möchten wir dringend eine Verordnung empfehlen, die anordnet, daß:

1. Rind-, Schwein- oder Schafschlachten nur an 2 bis 3 Wochen im Monat geschlachtet werden;
2. Pferde dürfen nur in den Wochen zur Abschachtung kommen, in denen keine Zweifelhäuser geschlachtet werden;
3. für den Verkauf des Pferdefleisches sind feste Kundenlisten einzuführen;
4. Pferdefleisch darf nur auf Fleischkarte verabsolgt werden;
5. der Bezug von Pferdefleisch (Hornen, Schmalz) ist nur auf Fleischkarte erlaubt;
6. die Knochen sind sofort an Volkshäuser, Speiseanstalten usw. abzugeben. Diese ausgekocht, geben eine gute Fleischbrühe, mit der sich billige und schmackhafte Gerichte herstellen lassen. Das Pferdeschmalz ähnelt in seinem Geschmack dem des Gänsefettes und dient, rationiert, zu einer erheblichen Streckung unserer sehr geringen Fettvorräte.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß mit jeder Kuh, die nach Durchführung der Bestimmungen 1-4 vor dem Schlachtmesser bewahrt wird, idealisch wenigstens 4 Mütter oder Kinder je ihrem Alter Milch erhalten können. Wie also wenigstens diese Anzahl Menschen vor Unterernährung und auch vor dem Tode retten. Es liegt im utopischen Volksinteresse, soweit es in die Hand des Menschen gegeben ist, der großen Kindersterblichkeit mit aller Macht entgegenzuwirken. Ein Mittel hierzu bietet die richtige sachgemäße Bewertung des Pferdefleisches, durch die aber auch die Ausnutzungsmöglichkeit gehoben wird. Diese liegt aber nicht allein im Volksinteresse, sondern auch im Interesse der Remobilität der Pferdezucht. Es ist jetzt tatsächlich eine Gelegenheit, wie sie nie wiederkehren dürfte, die Bevölkerung endlich für die richtige Bewertung des Pferdefleisches zu gewinnen. Man wird uns nun entgegennehmen, daß die schnelle Abschachtung der Pferde geboten ist, weil kein Futter für sie vorhanden sei. Dem können wir nicht beistimmen. Wir haben die Kleie, die bisher für die Armer beschlagnahmt war, zur Verfügung. Wir haben Winterweide, wir haben auch oedlose Wirtschaften, die für die Volksernährung an fleischigen Erzeugnissen nichts gekostet haben und Pferde zur weiteren Mastung einstellen können. Es werden sich aber auch Tausende kleiner und großer Landwirts finden, die gern ein Pferd mästen werden, wenn sie dadurch eine Milchkuh vor dem Schlachtmesser retten können. Eine Kuh aber dringend not. Nun noch eins. Der Fettmangel ist groß und er wird, wenn den Abschachtungen der Milchkuh nicht Einhalt getan wird, noch größer werden. Unter diesem Mangel leiden wir aber nicht allein, sondern die ganze Welt. In Paris kostet 1 Kilogramm Butter 10 Franken. In England werden nur wöchentlich 28 Gramm Butter neben 112 Gramm Margarine verabsolgt. Unter diesen Verhältnissen ist kaum damit zu rechnen, daß wir vom Auslande, und hier käme in erster Linie England in Betracht, in absehbarer Zeit genügende Vorratungen erhalten werden. Es empfiehlt sich daher, bei sämtlichen Selbstversorgern, die geschlachtet haben, während der Zeit, in welcher diese keine Fleischmarken erhalten, die ihnen zustehende Fettmenge um die Hälfte zu kürzen.

## Nachklänge.

Berlin, 27. Dez. WTB. Ueber den Zustand der Räume im Berliner Schloß, die der Einwirkung der Beschädigung am 24. Dezember ausgesetzt waren, schreibt die „Post. Ztg.“: Ueber die große Normortreppe gelangt man in das Zimmer, wo der Kaiser früher zu arbeiten pflegte. In dem Erker steht noch das Maschinengewehr, mit dem die Matrosen die Burgstraße unter Feuer hielten und das Auffahren von Artillerie dort verhinderten. Das daneben liegende Adjutantenzimmer hat weniger gelitten. Die zahlreichen Schlachtenbilder sind unversehrt. Schwer verwundet ist dagegen der am Portal 4 gelegene Pfeilerzaun. Eine Granate ist durch die mit Normor verkleidete Rückwand hindurchgegangen. Der Thronsaal ebenso wie der Saal, die ehemalige Bildergalerie sind fast noch unversehrt. Der Speisesaal war während des Kampfes in einen Zerwundertenraum umgewandelt worden. Noch sieht man dort Kannen mit Wasser, blutige Verbandsstoffe und die Leiche eines Matrosen liegt unter dem Fenster, der bereits am Montagabend bei den Kämpfen getötet worden war. Die Privatzimmer des Kaisers sind vom Finanzministerium geschlossen worden. In einer kleinen Vorhalle des 2. Hofes liegen noch 5 tote Matrosen.

Berlin, 27. Dez. WTB. Die „Post. Ztg.“ meldet: Die Vorfälle haben, verursacht durch die Ereignisse der beiden Weihnachtstage, zu einer Regierungskrise geführt. Während des ganzen gestrigen Tages ist zwischen den Volksbeauftragten und den außerhalb der Regierung stehenden Unabhängigen verhandelt worden. Am 9 Uhr abends fand eine entscheidende Kabinettsitzung statt, deren Ergebnis bis in die späten Nachstunden nicht vorlag. Der Kommandeur der Gardetruppen, General Lequis, ist zurückgetreten und durch Generalleutnant v. Lüttwig ersetzt worden.

Berlin, 27. Dez. WTB. Ueber den Stand der Regierungskrise meldet die „S. Z. a. M.“: Der Zentralrat der A- und S.-Räte, der jüngst auf der Reichskonferenz gewählt wurde und aus 27 Reichssozialisten besteht, trat heute vormittag im Abgeordnetenhause zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Räte der Volksbeauftragten zusammen. Der Fortbestand des Rates der Volksbeauftragten in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung erscheint als ausgeschlossen. Entweder wird der alte Rat der Volksbeauftragten nur aus Reichssozialisten gewählt oder nur aus Unabhängigen, wobei die bisherigen Vertreter dieser Gruppe im Amte bleiben würden, oder Ebert, Scheidemann und Landsberg würden durch 3 andere Reichssozialisten ersetzt. Die Krise besteht sich auf 3 Hauptfragen. 1. Auf Durchführung des Beschlusses des Reichskonferenzen über die Kommandogewalt und die Stellung der Offiziere; 2. auf die Nationalisierung der Besätze, zunächst der Bergwerke; und 3. auf die Frage der völligen Demobilisation. Die „S. Z.“ erklärt, daß der Zentralrat in diesen 3 Punkten die Auffassung der Unabhängigen teilt.

Wie der „Vorwärts“ von amtlicher Seite aus der Reichskanzlei erfährt, sind die Gerüchte über einen Rücktritt des Rates der Volksbeauftragten oder einzelner seiner Mitglieder unbegründet. — Wie die „Post. Ztg.“ erfährt, wird die angekündigte gemeinschaftliche Konferenz des Rates der Volksbeauftragten und des Zentralrats der A- und S.-Räte erst morgen vormittag stattfinden. Die Volksbeauftragten werden voraussichtlich ihr Verbleiben im Amte von der Erfüllung der Forderung abhängig machen, daß ihnen vom Zentralrat genügend Nachmittel an die Hand gegeben werden, um ihre Autorität wirksam zur Geltung bringen zu können.

Gegenüber der Meldung von der Abjuration des Generals Lequis verlangt aus zuverlässiger Quelle, daß General Lequis zu den Offizieren von der Armer verlegt worden ist, nachdem seine Aufgabe, die Truppen in Berlin einzurücken zu lassen, erledigt ist. Damit ist auch das Generalkommando Lequis aufgelöst. Ein Nachfolger ist nicht ernannt worden; vielmehr hat der älteste der anwesenden Generale, Freiherr von Lüttwig, den Befehl über das Gardekorps übernommen.

## Tagebuenigkeiten.

### Teuerungszulagen und Rentenzuschläge für ehemalige Militärpersonen.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet:

I. Einmalige Teuerungszulage. Allen auf Grund der Militärversorgungsgesetze zum Empfange von Versorgungsgeldern berechtigten ehemaligen Militärpersonen der Unterklassen soll eine einmalige Teuerungszulage gewährt werden. Stichtag ist der 1. Januar 1919. Die Höhe der Zulage entspricht dem Betrage, der zurzeit für den Monat Januar 1919 an laufenden Versorgungsgeldern, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterhaltungen für den einzelnen Versorgungsberechtigten zahlbar ist. Die Auszahlung hat gleichzeitig mit der Auszahlung der für Januar 1919 fälligen Versorgungsgeldern zu erfolgen.

II. Rentenzuschläge. Bis auf weiteres sollen die Bestimmungen über die Gewährung von Rentenzuschlägen mit Wirkung vom 1. Jan. 1919 dahin erweitert bzw. geändert werden, daß allen auf Grund der Militärversorgungsgesetze zum Bezuge von Versorgungsgeldern berechtigten anerkannten ehemaligen Militärpersonen der Unterklassen gewährt werden: bei einer Erwerbsunfähigkeit von 10% bis ausschließlich 33 1/2 Prozent ein Rentenzuschlag von 50 Prozent der Teilrente eines Gemeinen, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 33 1/2 Prozent bis ausschl. 50 Prozent ein Rentenzuschlag von 75 Prozent der Teilrente eines Gemeinen, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50 Prozent bis ausschl. 100 Prozent ein Rentenzuschlag von 100 Prozent der Teilrente eines Gemeinen, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 100 Prozent ein Rentenzuschlag von 100 Prozent



der Vollrente eines Gemeinen. Soweit sich unter den vorgenannten Personen solche befinden, die nach andern Gesetzen als dem Mannschaftenversorgungsgegesetz vom 31. 5. 1906 abgedungen sind, sollen die gänzlich Erwerbsunfähigen als 100 Proz., die größtenteils Erwerbsunfähigen als 66 2/3 Prozent und die teilweise Erwerbsunfähigen als 33 1/2 Prozent erwerbsunfähig gelten. Es wird jedoch schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Auszahlung dieser Rentenzuschläge aus technischen Gründen bei der großen Zahl der Versorgungsberechtigten leider nicht vor Ablauf einiger Monate wird bewirken lassen.

III. Aufzählung der Zuwendungen an Stelle geleglich nicht zupfändiger Bestimmungszugaben. Mit Wirkung vom 1. Jan. 1919 ab können bis auf weiteres an Stelle geleglich nicht zupfändiger Bestimmungszugaben neben den bereits genannten außerordentlichen Zuwendungen folgende weitere außerordentliche Zuwendungen an ehemalige Militärpersonen der Unterklassen gewährt werden: 1. in Höhe der einjährigen Bestimmungszugabe a) bei schweren Entstellungen des Gesichts, b) bei Verlust der Zeugungsorgane, c) bei Verlust oder Erblindung eines Auges, trotz völliger Gebrauchsfähigkeit des anderen; 2. in Höhe der dreijährigen (bisher zweijährigen) Bestimmungszugabe bei Verlust oder Erblindung beider Augen; 3. bis zur Höhe der dreijährigen (bisher zweijährigen) Bestimmungszugabe bei schwerem Stiechtum oder bei Erststarrblindheit. Auch hierbei wird sich wegen der technischen Schwierigkeiten bei der großen Zahl der Versorgungsberechtigten eine Verzögerung der Auszahlung leider nicht vermeiden lassen. Die Regelung hinsichtlich der ehemaligen Militärpersonen der Oberklassen wird demnächst besonders erfolgen.

IV. Aenderung des Rechtsmittelverfahrens. In kürzester Zeit wird der Rechtsweg für alle Feststellungsansprüche aus den Militärversorgungsgesetzen durch besondere Verordnung der Reichsregierung derartig gestaltet werden, daß die Entscheidung über die Fragen, in denen bisher die oberste Militärverwaltungsbehörde endgültig zu befinden hatte, z. B. bei der Dienstbeschädigungsfrage namentlich besonderen Fachgerichten in 2 Instanzen übertragen werden soll, in denen auch die Versorgungsberechtigten als Richter vertreten sind und in denen öffentlich und mündlich verhandelt wird. Die Antragsteller sollen das Recht haben, ihre Ansprüche selbst vor den Gerichten zu vertreten. Auf diese Fachgerichte geht auch die Entscheidung über die Fragen im Feststellungsverfahren über, die bisher den ordentlichen Gerichten vorbehalten waren.

#### Ausbreitungen in Bergwerken.

Hamborn, 23. Dez. Gegenüber einer Meldung, einer Delegation der Hamborn Bergleute sei von der Regierung in Berlin erklärt worden, daß die Sozialisierung der Betriebe sofort in die Wege geleitet werde, daß andererseits Barth zurücktritt und der Generalstreik in Deutschland proklamiert würde, wird bekanntgegeben: Die Abgesandten der Hamborn Bergleute sind nur von Barth empfangen worden und dieser hat nur persönlich seine Meinung geäußert, jedoch nicht im Namen der Regierung gesprochen. Die Jugendverwaltungen, der Oberbürgermeister und andere maßgebende Stellen haben sich sofort an die Regierung gewandt und um Entsendung eines Kommissars gebeten, der die wirkliche Stellungnahme der Regierung den Bergleuten verklären soll. Inzwischen hat sich die Lage durch die Aufhebung der Spartakusgruppe sehr verschlimmert. Am Nachmittag zogen mehrere tausend Bergleute zu den Stätten der Gewerkschaften Deutscher Kohler, Neumühl und Campschacht Reiderich. Die Wache

wurde gestürmt, die Maschinengewehre mit Munition erbeutet und die Volkswache zum Aufschlag bewogen. Der Polizeikommissar und mehrere Beamte, die sich ihnen entgegenstellten, wurden vermißt, ersterer schwer. Ein Teil der Anlagen wurde zerstört; doch sind die für die Erhaltung des Werkes wichtigen Anlagen noch nicht zerstört. Die Polizei sollte entwaffnet und der Arbeiterrat abgesetzt werden.

#### Umsturzpläne.

Berlin, 27. Dez. Die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ schreiben: Von verschiedenen unbedeutend zuverlässigen Seiten ist der Regierung authentisch mitgeteilt worden, daß die Sparta-kus-Gruppe beschlossen hat, sobald als möglich, wenn angängig schon heute, die Volksbeauftragten zu stürzen und die neue Regierung Liebknecht-Erdemanz-Blachow zu proklamieren. Die Sparta-kusleute rechnen dabei auf Unterstützung der erkrankten Matrosen und großer Teile des Sicherheitsdienstes. Die Kabinetsstimmung am gestrigen Vormittag verlief, wie wir hören, sehr ruhig und kam rasch zum Ende, nachdem Marchall darüber berichtet worden war, daß das besagte „Vormittag“-Stück nicht geräumt wäre. Eine weitere Kabinetsstimmung hat gestern nicht stattgefunden.

#### Die Wirkung auf das Ausland.

Frankfurt, 27. Dez. Die „Frankfurter Zeitung“ gibt eine Meldung des „Journal des Debates“ weiter: Präsident Wilson habe den amerikanischen Gesandten in der Schweiz zu einem eingehenden Bericht über die Lage in Berlin aufgefordert, dem der Präsident große Bedeutung für die ganze Friedensfrage belege. Schließlich es sich, daß die deutsche Regierung offiziell eine Reichsregierung in Berlin anerkennt, so müsse die Verhandlungsfähigkeit derjenigen Faktoren in Berlin, die sich für die deutsche Regierung ausgeben, nachgeprüft werden. Die „Times“ schreiben am ersten Feiertag, die blutigen Vorgänge in Berlin bestätigen Frankreichs Stellungnahme bei den Alliierten, daß eine deutsche Regierung, deren Wesen jeden Tag durch neue Anarchie zugrunde gehen könne, nicht verhandlungsfähig für Friedensverhandlungen irgend welcher Art sei.

#### Nur ein Beispiel.

Frankfurt 27. Dez. In Spartakusversammlungen in Berlin während der Feterlage wurde mitgeteilt, daß der Matrosenputsch gegen die Regierung Ebert-Haase nur das Vorbild großer Ereignisse ist. Das Fehlschlagen lege in der nicht geklärten Aufklärung der zurückgekehrten Fronttruppen. Man werde die Bestimmungen nachholen. Im übrigen wird namentlich die Zahl der Toten der letzten Straßenkämpfe am Schloß mit 49, die der Verwundeten mit 122 bekannt gegeben. Unter den Spartakusleuten wird die Verteilung von Gewehren und Munition fortgesetzt. Gegen den Eintritt der Matrosen in die revolutionäre Soldatenwehr macht sich in den Kreisen der Soldatenwehr harter Widerstand geltend.

#### Warum Mannheim besetzt werden sollte.

Berlin, 27. Dez. W.B. Die D.W.R. (Deutsche Waffenstillstandskommission) gibt bekannt: Am 23. Dez. erschien überraschend in Mannheim, also in der neutralen Zone ein französischer Major als Abgesandter des Generals Girard. Er teilte mit, am 24. Dezember würden 5000 Franzosen in Mannheim einmarschieren, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das deutsche Bataillon, das in Mannheim

liege, habe spätestens bis 2 Uhr nachmittags die Stadt zu verlassen. Schärfe Proteste halfen nichts. Auf dem Wege über die Waffenstillstandskommission wurde daher versucht, Aufklärung herbeizuführen. Dabei stellte sich heraus, daß die Franzosen geglaubt hatten, infolge von Beschlüssen des Mannheimer Soldatenrates seien Unruhen entstanden. Die Franzosen wollten dies nicht dulden und glaubten daher schleunigst die Polizei in Mannheim übernehmen zu müssen. Glücklicherweise konnte von der D.W.R. den Franzosen mitgeteilt werden, daß in Mannheim alles in Ordnung sei und daß das Bataillon der deutschen Volkstruppen auch weiterhin die Ordnung verfolge. — Immerhin lag dem, was die Franzosen gehört hatten, ein wichtiger Vorstoß zu Grunde. Der Mannheimer Soldatenrat hatte nämlich unbegrifflicherweise den Beschluß gefaßt, das deutsche Bataillon in Mannheim zu entlassen. Die Durchführung dieses völlig unbegründeten Entschlusses wurde jedoch durch das Pazifizieren der badischen Regierung vereitelt. Hier andere Soldaten in ähnlicher Lage mag der Vorstoß zur Warnung dienen und sie von voreiligen Beschlüssen abhalten. Das Verhalten der Franzosen auch in diesem Falle beweist, daß sie nicht beabsichtigen, die A- und S-Räte in der neutralen Zone anzuerkennen.

#### Das Streben nach Kleinstaaterei.

Berlin, 27. Dez. Aus Breslau wird gemeldet: Angesichts der Zersplitterungsbestrebungen in Oberschlesien und der Absicht der Regierung, eine Umgestaltung des deutschen Bundesstaates und eine Zerlegung Preußens vorzunehmen, gewinnen hier die Bestrebungen auf Gründung eines schlesischen Bundesstaates im Rahmen des deutschen Reiches immer mehr an Boden. Der Bundesstaat soll sich auf die ganze Provinz Schlesien und polenische Gebiete erstrecken, die durch geschichtliche Beziehungen mit Schlesien verknüpft sind, bis etwa die Regierungsbahnhofen erstrecken.

#### Spartakus und Presse.

Mannheim, 28. Dez. Der „Mannheimer Generalanzeiger“ schreibt sich plötzlich aus noch nicht bekannten Gründen von der Spartakustruppe besetzt worden.

#### Münchener Kommunisten.

In einer Kommunistenversammlung, die gestern nachmittag in München stattfand, wachte ein Redner bekannt, daß in den nächsten Tagen in München mit der Bewaffnung der Arbeiterklasse begonnen werden soll.

#### Wie Berlin Deutschland ruiniert.

Basel, 28. Dez. Die „Daily Mail“ berichtet aus Paris: Die Zunahme der bolschewistischen Bosheit in Deutschland hat eine stärkere Besetzung der besetzten Gebiete zur Folge gehabt. Die Truppen am Rhein sollen um 2 Divisionen vermehrt werden. Die Besetzung der ganzen neutralen Zone hängt ausschließlich von den weiteren Ereignissen in Deutschland, das unmissbar vor dem Terror des Proletariats steht, ab. Die „Morningpost“ schreibt: Die Nachrichten aus Deutschland sind so ernst, daß die englische Regierung vor französischer Auffassung restlos beifolgt, mit der machtlosen französischen Regierung irgendwelche Verhandlungen über den Frieden nicht anzunehmen. Jedenfalls ist der Friede in weite Ferne gerückt.

#### Anarchie im ober-schlesischen Kohlengebiet.

Berlin, 28. Dez. W.B. Ähnlich wird mitgeteilt, daß in den Gruben des ober-schlesischen Zentralschlesien

### Der Traum in Feindesland.

Roman von Julius Schoenthal.

(Nachdruck verboten.)

Die Erzählung hatte ihn also doch nicht verbittert lassen. — Entweder weil das Bewußtsein noch zu weitwändig war, oder wohl eher, weil der Stempel zu entseelend gewesen wäre.

„Erzählung belüden zu rauchen?“

„Danke! Nein!“ Die drohenden Augen waren starr auf den jungen Offizier gerichtet. „Ich rauche nicht die Algen eines Spinn!“

Langford schaute empör, — genau wie seine einstudierte Rolle ihm das vorschrieb.

„Erzählung machen etwas laudbare Scherze.“

„Nicht Ihnen, wenn Sie bereit überdacht finden können! Ein Höllehaas ist's allerdings! — Nun heraus mit der Sprache! Wer sind Sie eigentlich?“

„Das möchte ich ein umfassendes Geheimnis. Damit verlieren wir beide am wenigsten Zeit.“

Der Hauptmann schlang sich vor dem Grobwaterstuhl auf.

„Wenn Erzählung nicht mein verehrter Vorgeladener wären, würde ich eine sehr derbe Antwort wählen. — So schmeiße ich lieber.“

„Aber vergessen Sie doch unter beider kostbare Zeit nicht! Ich habe ja Bemerkung!“

„Beizeile!“ Lang fragend Langfords Echo.

Der Minister sah seine Briefstube und entnahm ihr die drei Schriftstücke. Sorgfältig breitete er sie vor sich aus.

„Da ist zunächst der Brief einer Dame. Sie gibt an, Sie hätten sich zu ihr wenden wollen und dabei in leidenschaftlicher Erregung deutsche Worte gebraucht. — Was haben Sie darauf zu erwidern?“

Langford zuckte die Achseln.

„Wiederholt stellen mich Erzählung einmal dieser Dame persönlich gegenüber, damit ich mir diese wackere Jungfrau auch betrachten kann“, höhnte er.

Der Minister beachtete den Einwand nicht und fuhr fort: Die Dame legte auch die Abschrift eines Briefes bei, den Sie nach Rotterdam geschickt und den der Diener der Dame zur Post gegeben hat. Sie haben darin einen Arzt Dr. U. erwähnt, der dem Fräulein Ilse eine Fahrt nach Südgriechenland, in die Nähe von Kap Matapan anraten soll. — Wollen Sie in Abrede stellen, Herr... Herr Deutscher, daß Sie damit Ihrer Regierung den Wink gaben, den Dr. U., nämlich deutsche Unterseeboote, in die Nähe von Kap Matapan zu entsenden, um unsere Transporte abzufangen. — was dann leider tatsächlich geschah?“

Einen Augenblick schien es dem Minister, als habe sich Langfords Antlitz verfinstert. Dieser Brief war ihm doch wohl überraschend gekommen.

Dann vernahm er die unverändert ruhige Stimme des jungen Offiziers: „Sind das alle Ihre Bemerkungen?“

Der Minister spielte seinen härtesten Trampf auf.

„Und was sagen Sie zu diesem Brief, der unverkennbar von Ihrer Hand geschrieben ist?“

Er hielt dem Hauptmann das Schreiben unter die Nase. Der große schwarze Stempel des Seniors hatte das Wort „Unbeliebbar!“ quer darüber gedruckt.

Langford nahm das Schreiben in die Hand, aber es es gemächlich, befah die Unterschrift, hielt es gegen das Licht und meinte schließlich:

„Gewiß, diesen Brief habe ich geschrieben. Aber bei der Spionagearbeit, an der wir alle arbeiten, wird es Curer Erzählung vermutlich nicht schwer gefallen sein, in diesem Briefe eine hochverräterische Handlung zu erblicken.“

Der Minister wurde durch den unangelegenen und überlegenen Ton eines Augenblicks tatsächlich irre. Dann polterte er groß hervor:

„Spielen Ihre Rolle vorzüglich. Hat leider keinen Zweck. Bin doch dahinter gekommen. — Wieviel Geld soll das schöne Rotterdam Fräulein hier in London zu erwarten haben? Bitte, lesen Sie doch im Briefe nach!“

„224 Pfund 10 Schilling!“

„Sehr gut! Wollen Sie einmal Spätes halber ausrechnen, wieviel Schilling das im ganzen sind?“

Nach kurzem Bestimmen verfehlte der Hauptmann: „Wenn ich recht gerechnet habe, — 2400.“

„Sie haben recht gerechnet. Wissen Sie auch, wieviel ausgebildete Mannschaften wir hier in London haben?“

„Wie soll ich das auswendig wissen? Vielleicht 80000 Mann!“

„Nun, auf den Mann genau so viel, wie das Fräulein Ilse Schilling von hier zu bekommen hat! Und mit Manchester, Glasgow, Liverpool, Belfast und, wie sie alle heißen mögen, ist's dasselbe Spiel!“

„Ganz erstaunt entgegengekommen?“

„Ach, so ein merkwürdiger Zufall! Irren sich Erzählung da auch nicht?“

Der Minister sprang hoch. Seine dunklen Augen schossen Blitze.

„Wissen erklären Sie sich, Herr...? ! Sollten Sie mich für einen Irrenschaffmacher? Ich durchschaue das ganze Sattelpiel. Glauben Sie, ich würde nicht, wozu Sie sich die Mühe der neu angeworbenen Mannschaften, die Berichte der Erkundungsmandats usw. überweisen lassen, Sie und Ihr Spiegelglocke, Viscount Brand.“

„Ehm! Herr Spiegelglocke richtet sich Langford Kraft auf.“

„Aber der Viscount ist ja unschuldig wie ein Lamm!“

„Da glätteten sich die Miemen des Ministers. Er legte dem Jüngern die Hände auf beide Schultern.“

„Ich danke Ihnen. Dieses Geheimnis ist mir wertvoll.“ Langford preßte die Unterlippe unter die Schneidezähne.

„Ich wollte natürlich sagen: er ist unschuldig wie ein Lamm und wie ich!“

„Also bitte, bitte, Sie verschlimmern die Sache nur. Für Sie ist der Fall ohnedies erledigt. Es spricht übrigens für Ihr persönliches Gefühl, daß Sie gerade in dem Augenblick aus der Rolle fallen, da die Wäre eines Unschuldigen gefordert wird. — Damit wären unsere Vorverhandlungen beendet. Sie wissen wahrscheinlich, was Ihrer harri?“

„Aber, Erzählung, ich bitte... der Schein spricht vielleicht gegen mich...“

(Fortsetzung folgt.)



alkoholreinerer Volkswirtschaft und Anarchismus herrscht. Die Generaldirektionen und Direktoren werden zwingend in die Zechenhäuser gebracht und unter Drohung zu Unterschriften gezwungen. Wenn die Regierung nicht sofort wirksame Maßnahmen ergreift und militärische Hilfe sendet, besteht die Gefahr einer Stilllegung der oberirdischen Gruben und damit des Zusammenbruchs des ganzen Wirtschaftslebens. Die Zahl der Ausländischen hat sich wieder erhöht. Heute streiken Heilmannshütte, Ludwigshütte, Dübenerhütte, Preußen, Kattowitzer, Staudenburger und die Friedensgrube. Die Handelskammer Oppeln teilt mit, auf der Grube Schlefien hat gestern ein Teil der Arbeiter das Verwaltungsgebäude geküsst, den Direktor Dörfler und den Berginspektor Pöck ergriffen und mit Gewalt ins Zechenhaus geschleppt. Dort wurden die beiden Beamten auf den Tisch gestellt und durch Todesdrohung gezwungen, die Forderungen der Arbeiter sofort zu bewilligen. Die wichtigste davon lautet auf Auszahlung von 800 Mk. pro Kopf bei der nächsten Lohnzahlung. Wird diese Forderung an alle ausgezahlt, so wird dem oberirdischen Steinkohlenbergbau eine Mehrbelastung von 80 Mill. Mk. entstehen. Die Arbeiter brachten dabei Hochrufe auf Rosa Luxemburg und Grube wurde die Verwaltung mit Gewalt gezwungen, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Neu aufständisch ist die Friedensgrube. Infolge der rührigen Tätigkeit von polnischer und bolschewistischer Seite ist ein weiteres bedrohliches Anwachsen der Auslandsbewegung in den nächsten Tagen zu erwarten. Wenn nicht unverzüglich regierungstreue Truppen in den Industriebezirk geschickt werden, so ist in den nächsten Tagen mit der Liquidierung aller Betriebe durch den kleinen bolschewistischen Teil der Bergarbeiterschaft, die die die anderen Arbeiter terrorisiert, zu rechnen.

### Austritt der Unabhängigen aus der Regierung.

Berlin, 29. Dez. Die Kritik in der Reichsregierung an der Politik der Unabhängigen ist durch die jüngsten Ereignisse in der Reichsregierung in die Tat umgesetzt. In drei bisherigen Regierungsmitteln dem Reichstag haben die Unabhängigen in der Reichsregierung, die sozialdemokratische Partei kommen in der Reichsregierung, wobei auch die Unabhängigen und vertreten ist. Berlin ist ruhig.

### Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 30. Dezember 1918.

**Uebertragen wurde das Postamt Neundorf (Sitz in Schwand) dem Postinspektor Winkler und das Postamt Walsdorf dem Postinspektor Albrecht.**

**Festgottesdienst.** Unter zahlreichem Besuch fand gestern in der hiesigen Stadtkirche zu Ehren der heimgekehrten Krieger ein Festgottesdienst statt. Das Innere der Kirche war mit Tannenzweigen geschmückt und die Kirchenbänke waren von Frauen kommender Ansprache und einwilligender Mitglieder besetzt. Die denkwürdige Feier, durch welche die Kirche ihren Dank zum Ausdruck brachte.

**Öffentliche Frauenversammlung.** Die Württembergische Bürgerpartei hatte am Samstagabend eine Frauenversammlung einberufen, in welcher Frau Kommerzienrat Johanna Berlinger-Stübing einen Vortrag über die Stellung der Frau zur Politik sprach. Die Rednerin sprach zunächst vom Wahlrecht, das den Frauen, vermehrt und unermittelt, geschenkt wurde. Die bevorstehenden Wahlen zur Landes- und Reichsversammlung blühe die Frau nicht müde werden, denn von diesen Wahlen hänge die künftige Gestaltung des Reiches ab, und die Frauen seien dazu berufen den Ausschlag zu geben, da ca. 21 Millionen Frauen, 3 Millionen mehr als Männer, zur Wahlurne schreiben werden. Besonders gegen die Gefahren eines sozialistischen Staates müsse mobil gemacht werden. Die Rednerin besprach ausführlich die wirtschaftlichen Forderungen des sozialdemokratischen Programms, sowie die schweren Schäden einer Sozialisierung der Betriebe. Nach dieser aber sei die Gefahr von dieser Seite in religiöser Hinsicht. Hier muß die Frau und Mutter scharf Stellung nehmen für das Heiligste, die Religion. Die Württembergische Bürgerpartei trete besonders für ein starkes Christentum ein. Am Schluß wiederholte die Vortragende nochmals, daß jede Stimme die gleiche Geltung habe, daß die Frau mit der ihr gegebenen Macht pflichtgemäß zum Besten unseres Vaterlandes handle. — An die fehlenden Ausführungen schloß sich eine Betsprechung. Herr Landtagsabgeordneter Schmale, der die Versammlung leitete, schloß hierauf unter Dankesworten die Versammlung.

**Die „freie Schreinerinnung des Oberamtsbezirks Magdeburg“** hielt am 27. Dezember im Volkshaus zur „Traube“ ihre jährliche Generalsversammlung ab. Letztere war von über 60 Mitgliedern besucht. Herr Obermeister Sabel begrüßte die Kollegen, hauptsächlich die vom Felde Zurückgekehrten, ferner gedachte er in ehrenden Worten den zwei ältesten Kollegen, Herr Martin Koch und Gottlob Benz, die durch Tod ausgeschieden sind. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Tätigkeit der Innung mit der Handwerkskammer Neustätten. Aus letzterer ging hervor, daß er diesbezüglich ein umfangreiches Arbeitsfeld hat. Die Aufträge, die durch Vermittlung der Kammer ausgeliefert wurden belaufen sich auf 98 000 Mk., die aus Herstellungsarbeiten und Möbel für das Stuttgarter Bürgerheim bestanden. Mit letzteren hat die Innung die besten Erfahrungen nicht gemacht, da die Beförderung von Möbeln in letzter Zeit viel zu wünschen übrig läßt, auch ergaben sich einige technische Schwierigkeiten. Dank der hiesigen Stadtverwaltung sollen wir nun eine Zweigabteilung in Magdeburg vom Stuttgarter Bürgerheim erhalten. Letztere Einrichtung

solle den Zweck haben, die Regierungstruppen und Kriegsbeschädigten zu billigen Preisen unter Gewährung eines Bezugs bis zu einer gewissen Höhe Möbel zu beschaffen. Der Vorsitzende hat es den Kollegen empfohlen, in ihren Bekanntenkreisen die betreffenden Leute darüber aufzuklären. Betreffs des 8. Stundentags kam es zu längeren Auseinandersetzungen. Die Versammlung kam zu dem Beschluß, daß jeder ein Ausgleich von Stundenlohn in dem Sinn, daß 8 Stunden gearbeitet und 10 Stunden bezahlt werden sollen, nicht bewilligt werden kann. Infolge der großen Lagerbestände in fertigen Möbel, der großen Bekleidungsnotwendigkeit infolge der längst anhaltenden Güterknappheit, Aufschlag und Knappheit der Rohmaterialien. Letztere haben eine Preissteigerung von 400% erfahren, ferner der großen Steuern und Abgabenbewegung der Preise für die fertigen Ware. Die Kellner sind jedoch bereit, unter den jetzigen Verhältnissen weiterzuarbeiten. Sollte letztere Vorschlag nicht angenommen werden, werden sie ihre Betriebe bis auf Weiteres schließen. In der Lehrlingsfrage wurde der Beschluß gefaßt, daß unter 100 Mk. Lehrgeld nebst dem gesetzlichen Betrag der Versicherungsbeiträge kein Lehrling angenommen werden soll. Wegen Schnaps und Döbling kam es zwischen den Kollegen Schnaps und Döbling zu längeren Debatten. Die anwesenden Kollegen kamen zu dem Entschluß, den Kollegen Schnaps zu empfehlen, daß die Angelegenheit am besten auf schlichtem Weg bei den Schlichterämtern erledigt werden soll. Letzterer Vorschlag wurde dann auch für gut angesehen. Mit letzterem wurde der geschäftliche Teil erledigt. Der Vorsitzende dankte den Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen und ihre rege Teilnahme an den Verhandlungen. Der zweite Obermeister, Kollege Senne, dankte dem Vorsitzenden für seine große Mühe und Anfsichtigkeit, mit der er die Geschäfte der Innung leitete.

**Wasserschiff.** Jakob Groß, Metzgermeister, hat sein Geschäft an Karl Kauter, Metzgermeister hier um 29 000 A verkauft. Uebernahme 1. Februar 1919.

**Verkehr mit der Rheinpfalz und Elsaß Lothringen.** Nach der Rheinpfalz sind vorerst zugelassen: Postanweisungen und Postwechsel, Überweisungen mit Effekten und Staatspapieren, Pakete, amtliche Offene Schreiben. Die zugewiesenen Postsendungen (Wechsel, Pakete) dürfen nur auf dem Postwege durch die Postanstalten zu erhalten. Zeitungen und Broschüren sind nicht zugelassen. — Zivil- und Militärpersonen aus Elsaß Lothringen, die als Angehörige der Rheinpfalz in die Reichsangehörigkeit nachzuweisen können, dürfen jetzt die Rheinpfalz bei Reise nach zur Rückkehr in ihre Heimat den gleichen Handgepäck kann mitgenommen werden.

**Kranke und Verwundete in Rumänien.** Begrüßter Weise sind der Angehörigen von württembergischen Heeresangehörigen, die sich zuletzt in rumänischen Lazaretten befinden haben, über das Schicksal derselben in Sorge. Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, stehen zurzeit jämmerliche Nachrichten leider aus, doch sind Bemühungen in Gange, diese durch eine neutrale Macht zu stellen. Es wäre zu wünschen, daß diese von Erfolg begleitet sein möchten.

**13. Staatslotterie.** Die Auszahlung der Gewinne der 13. Staatslotterie und die Ueberleitung der Spieler zur 13. Lotterie geschieht derzeit. Die letzte Spielzeit wieder in 5 Klassen und ist mit 214 000 Spielplänen und 2 Uebergebinnen (Plänen) mit im ganzen haben 71 133 468 A besteht. — Die 1. Klasse mit 10 000 Gewinnen von denen 761 100 A — wird am 7. und 8. Januar 1919 gezogen.

**Altenfest.** Im „grünen Baum“ war gestern eine Versammlung der Reichsbeschädigten einberufen worden, zu der 45 Herren erschienen waren. Kamerad Eble-Altenfest leitete die Versammlung. Es wurde beschlossen, zur Wahrung der Interessen der Invaliden eine Ortsgruppe zu bilden und sich dem Reichsbund deutscher Kriegsbeschädigter, Sitz Berlin, anzuschließen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich 70 Pf., das Eintrittsgeld 50 Pf. Als Vorsitzender wurde Herr Wagnermeister Finkbeiner, als Kassier Herr Buchhalter Alfred Schüller, als Schriftführer Herr Georg Schneider, sämtl. in Allenfest, gewählt. In den Ausschuss wurden die Herren Otto Täschel, Gerwiner Ehr., Seid., Ueberberg, Gotthob Schülle, Waldorf, H. Johanns, Wasi, Karl Pfeiffer und Otto Grotzkun, sämtl. in Allenfest, gewählt. Zum Stellvertreter wurde Herr Fr. Weiser bestimmt.

### Erweiterung der Krankenkassenversicherungspflicht.

Der Rat der Volksbeauftragten hat durch eine von ihm mit Befehlsmacht ausgehobene Verordnung auf dem Gebiet der Krankenkassenversicherung sowohl die Versicherungspflicht als die Versicherungsversicherung ausgedehnt. Für den Fall der Krankheit werden nämlich bis auf weiteres nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung verfahren:

- 1.) Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bilden, 2.) Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken, 3.) Bühnen-, und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen, 4.) Lehrer und Erzieher, 5.) Schiffer auf deutschen Seefahrzeugen, soweit sie unter das Handelsgesetzbuch fallen, sowie auf Fährzügen der Binnenschifffahrt, wenn sie gegen Entgelt beschäftigt werden und ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst mehr als 2500 A, aber nicht mehr als 5000 A an Entgelt beträgt.

Die Bestimmungen des § 178 (Höchstgrenze der Versicherungsbeitrag bei 4000 A jährlichem Gesamteinkommen) und von § 314 Abs. 2 (Bezugsgröße eines solchen

Mitglieds, das seine Mitgliedschaft erloschen ist) sind aufgehoben worden. Im § 313, Abs. 1 ist der letzte Satz, der lautete „das Mitglied kann in eine niedrigere Klasse der Lohnstufe überreten“, hat folgende Fassung erhalten: „Es kann mit Zustimmung des Kassenvorstands in eine niedrigere Klasse oder Lohnstufe überreten.“ Diese Zustimmung war also jetzt nicht notwendig, ist aber künstlich Bedingung.

Diesemigen Kassemitglieder, die während des Kriegs infolge Ueberschreitens der Einkommensgrenze von 2500 bzw. 4000 A aus der Kasse ausgeschieden sind, können innerhalb 6 Wochen, vom 2. Dezember 1918 an gerechnet, nach § 313 R. V. D. ihre Wiederaufnahme in die betreffende Krankenkasse beantragen, sofern sie nicht jetzt (sowohl) versicherungspflichtig durch diese Verordnung geworden sind. Die Kasse kann diesen Berechtigten, wenn sie sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen. Eine Erkrankung, die beim Wiedereintritt bereits besteht, begründet für diese Krankheit keinen Anspruch auf Kostenleistung.

Die Annahme der nach dem Vorstehenden Versicherungspflichtigen hat unverzüglich auf gewöhnlichem Wegebdruck bei der Kasse zu geschehen.

Sind bei Kriegsbeginn Personen der eingangs ausgeführten Art trotz Ueberschreitens der Einkommensgrenze von 2500 A, von ihrer Krankenkasse oder knappschaftlicher Krankenkasse weiter oder versicherungspflichtige Mitglieder behandelt worden, oder Versicherungsbeiträge trotz Ueberschreitens eines regelmäßigen jährlichen Gesamteinkommens von 4000 A, Mitglieder ihrer Kasse geblieben, so kann diese Mitgliedschaft nachträglich nicht mehr angefochten werden. Dies gilt auch für Fälle, in denen am 2. Dezember 1918 ein Streikverfahren schwebte.

### Letzte Nachrichten.

Der Zentralrat hat in gemeinsamer Sitzung anstelle der ausgeschiedenen Unabhängigen die Herren Roske, Röbe und Wessel bestimmt. Roske war bisher Gouverneur von Kiel, Röbe ist Redakteur der Breslauer „Volksmacht“ und Wessel, bekannt als Sozialpolitiker, entlich bekanntlich den Wahlkreis Nieder-Barrin den Unabhängigen.

Für die Schriftleitung verantwortlich Paul Gage, Magdeburg. Druck u. Verlag bei G. W. Jellischek Buchdruckerei (Karl Jellischek) Magdeburg.

### Amtliches.

**Erlaß des Ministeriums des Innern an die Oberämter und Gemeindebehörden wegen Vorbereitung der Wahl zur deutschen Nationalversammlung.** Vom 27. Dezember 1918.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. Dezember 1918 (Reichsgesetz Nr. 301, Reichsgesetzblatt Nr. 187) ist die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung auf Sonntag, den 19. Januar 1919, vorverlegt, als Tag des Beginns der achtstägigen Ausübung der Wählerlisten Montag, den 30. Dezember 1918, bestimmt, die Eintragung der Einsprüche gegen die Wählerlisten binnen einer Woche angeordnet und als letzter Tag für die Einreichung von Wahlvorschlägen Samstag, den 4. Januar 1919, festgesetzt worden.

Von den Gemeindeämtern ist hiernach spätestens am Sonntag, den 29. Dezember 1918, die Aufstellung der Wählerlisten zu vollziehen und in ordentlicher Weise bekannt zu geben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen die Wählerlisten zu erheben sind (Wahlordnung § 3 Abs. 2).

Die Auflegung der Wählerlisten hat nach § 9 Abs. 2 des Reichswahlgesetzes acht Tage, also vom Montag, den 30. Dezember 1918, bis Montag, den 6. Januar 1919, zu dauern. Einsprüche sind bis zum Ablauf der Auslegungszeit bei der Gemeindeverwaltungsbehörde (dem Gemeinderat oder einem von ihm nach § 4 Abs. 1 der Wahlordnung ernannten Kommissar) schriftlich oder zu Protokoll anzubringen und innerhalb einer Woche, also spätestens bis Montag, den 13. Januar 1919, je nachdem durch Entscheidung des Oberamts zu erledigen (Reichswahlgesetz § 9 Abs. 3, Wahlordnung §§ 4 u. 10 nebst Anl. B, Verordnung vom 19. Dezember 1918. — vergl. oben —).

Die in § 30 der Wahlordnung vorgeschriebene Bekanntmachung der Gemeindeämter über die Abgrenzung der Wahlbezirke ist die einzelnen Gemeinden, die Vorson der Wahllocher und ihrer Stellvertreter, die Wahlräume, sowie darüber, daß die Wahl am Sonntag, den 19. Januar 1919, von vormittags 9 bis abends 8 Uhr stattfindet, ist möglichst bald, spätestens aber am Sonntag, den 12. Januar 1919, durch die zu amtlichen Veröffentlichungen der betreffenden Gemeinden dienenden Blätter zu veröffentlichen und außerdem in ordentlicher Weise zu erlassen.

Die Oberämter werden beauftragt, gegenwärtige Bekanntmachungen in den Bezirksamtblättern zu veröffentlichen und die rechtzeitige Beforgung der vorstehend genannten Geschäfte durch die Gemeindebehörden zu überwachen.

In Vertretung: Haag.

### Bekanntmachung

Da die erforderlichen Bekleidungsstücke noch nicht eingetroffen sind, kann mit ihrer Ausgabe an die nach dem 9. 11. 18. Entlassenen nicht am 2. Januar

erst am 7. Jan. 1919 begonnen werden. Inwieweit empfiehlt es sich wegen Geschäftsüberführung die Auszahlung des Waisen- und Entlassungsgeldes an persönlich Erscheinende auf die gleiche Zeit zu verschieben.

Calw, den 28. 12. 18. Bezirkskommando.



Am 30. und 31. Dez. 1918, 2., 3. und 4. Jan. 1919



werden in Ludwigsburg auf dem Reithausplatz  
**Pferde**  
jeder Arbeitsklasse,  
darunter auch  
schwersten Schlages

zu den bekannten Bedingungen der Verrentvermittlung an den Weisbletenden verkauft. Kriegsanleihe wird von Käufern mit roter und weißer Karte bis zu vollen Hundertmarkbeträgen des Kaufpreises in Zahlung genommen. Alle anderen Käufer haben in bar zu zahlen.

**L. Ersta-Pferde-Depot**  
Ludwigsburg, Reithausplatz.

Unter Hinweis auf die bereits erfolgten Bekanntmachungen durch Ausschellen wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten für die Wahl zur deutschen Nationalversammlung von heute ab bis Montag 6. Januar 1919 und zur württembergischen Landesversammlung vom Dienstag, den 31. ds. bis Donnerstag, den 2. Jan. 1919 je einzeln

auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht auflegen. Entgeltlich sind je bis zum Ablauf der Anlegungsfrist beim Gemeinderat schriftlich oder mündlich anzugeben. Näheres s. Anschlag am Rathaus.

Nebstigeand wird dieser Tage jeder in die Wählerliste aufgenommene Wähler mittels Postkarte über seine Aufnahme benachrichtigt. Wer keine Postkarte erhält, steht nicht in der Liste und hätte seine Aufnahme nachträglich sofort und je innerhalb der einschlägigen Anlegungsfrist auf dem Rathaus zu veranlassen.

Nagold, 30. Dezember 1918.  
Städtisch. Amt: Maier.

**Gege:**  
**Aushilfsmarke 19**  
entfallen am Montag bei den in der Sonntagsnummer des Geschäftsblatts bezeichneten Geschäften im ganzen 100 g Rubel. Ausg. Wert zu 1,66 M. pro kg oder Rubel. Wasser-Ware zu 1,32 M. pro kg. und nicht je 100 g von jeder Sorte, wie letztmalig berichtet wurde.

**Ebdhausen.**  
Ein **Läufer-**  
**schwein**  
hat zu verkaufen  
Johannes Spiek  
beim Schulhaus.

**Kohldorf.**  
Einen **Wurf**  
  
**Milchschweine**  
verkauft nächsten Donnerstag  
mittags 1/2 2 Uhr  
Peter Harr.

Einen **Posten**  
**Stroh,**  
auch von Hülsenfrüchten,  
**sucht zu kaufen**  
Johs. Schnierle,  
Garrweiler,  
Post Altesfeld.

**Losungsbüchlein**  
für 1919  
verrät'g bei  
G. W. Jaifer, Nagold.

**Verloren**  
ging Freitag mittags ein  
**Belz**  
durch Bernsch zum Bahnh.  
Bitte abzugeben gegen  
Belohnung bei Herrn Stadtschultheiß **Beil**, Bernsch.  
Nagold.

**Stuttgarter**  
**Kunst-**  
**färberei**  
färbt u. reinigt rasch u. gut.  
Annahmestelle:  
**Ehr. Raaf, Nagold**  
Marktstraße 204

**Kluge Damen**  
**und Herrn**  
werden sich in  
**Heiratsangelegenheiten**  
an  
Frau Josefine Hofmann,  
Stuttgart, Hackstr. 161.  
Prima Ref. Telefon 6327.

**Feldpostschachteln**  
aus fester, starker Lederpappe in 6 Größen Musterpakete mit 60 Schachteln Mk. 12.— Nachnahme.  
**Ansichts-Karten**  
100 St. verschiedene Serien-Glückwunsch-, Soldaten-Blumen-, Mädchen- etc. Postkarten. 100 Muster Mk. 6.—  
**Glückwunschkarten**  
für alle Zwecke mit Kuvert 100 St. 5 Mk.

**Brief-Mappen**  
mit 5 St. Briefbogen und 5 Hüllen. 16 Mustermappen Mk. 4.—  
**Paul Rapps, Freudenstadt**  
Nr. 310 (Witbg.)

**Frauenaufklärung.**

Der Vortrag von Frä. Schill-Stuttgart der auf 7 1/2 festgesetzt war, findet schon mittags 3 Uhr im „Traubenfaal“ statt.

**Lichtspielhaus Nagold.** (Inh. Eugen Knorr.)  
Am Dienstag, den 31. Dezbr., abends 7 Uhr und  
Mittwoch, den 1. Januar (Neujahr) von 3 Uhr an  
**Der Geier von St. Veit.**

Gewaltiges Drama aus den bayerischen Alpen in 4 Akten.  
**In Freiheit dressiert.**  
Lustspiel in 2 Akten.  
**Palästina.**  
Herzliche Naturstudie.

Dieses hervorragende Programm war nur unter Anwendung größerer Kosten zu erwirken, worauf ganz besonders aufmerksam gemacht wird.

**Nagold.**  
**Geschäfts-Empfehlung.**

Vom Felde zurückgekehrt, beehre ich mich bekannt zu geben, daß ich mein Büro für Hoch- und Tiefbau in der Calwerstraße mit Beginn des neuen Jahres wieder eröffne. Bauinteressenten empfehle ich mich in technischen Beratungen, Kostenberechnungen, Projektierung und Bauausführung jeglicher Art, sowie in allen massivaubentechnischen Arbeiten.

**Friedrich Kaupp,**  
Bauwerkmeister u. Wasserbautechniker.

**Koffelden, den 27. Dez. 1918.**

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Verluste meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter und Schwägerin

**Margarete Henne**  
geb. Koch

für die vielen Kranzpenden, den erhebbenden Gesang und die trostreichen Worte am Grabe sagt den innigsten Dank  
im Namen der Hinterbliebenen:  
der trauernde Gatte Joh. Georg Henne.

**Nagold.**  
Eine ältere, gute

**Muzkuh,**   
(Allgäuer), 40 Wochen trächtig, verkauft  
**Wilh. Müller, Schuhm., h. Str.**

**Pferde-Verkauf.**

Einen 5jährigen  
**Rappenwallach,**  
  
Rassepferd, ein- und zwelfspännig gut eingesahnten, 72 cm groß, stromm auf im Zug vertraut, fehlerfrei, Abst. Lotus. Tausch gegen 2 leichtere nicht ausgeschlossen, sowie eine

**Schimmelstute**  
10 Jahre alt mehr Kaltblut, schwerer Einspänner, gut im Zug, unter jegl. Garantie verkauft  
am Donnerstag, den 2. Januar 1919 mittags 1 Uhr.  
**Jakob Dürr u. Fr. Röhm, Bauer,**  
in Sulz Ob. Nagold.

Schönbbrunn, 28. Dez. 1918.



**Todes-Anzeige**  
mit  
**Dankfagung.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber, treubeforgter Vater, Schwieger- und Großvater

**Georg Herr**

nach längerem Leiden am Weihnachtsfest gestorben ist. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir während der Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Vaters erfahren durften, für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts, für den erhebbenden Gesang, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, sowie für die lobenden Worte im Namen des Gemeindegemeinschafts durch Herrn Schultheiß sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen  
der Sohn **Gottlob Herr** mit Familie,  
die Tochter **Elisabeth Braun** Witwe  
mit Kindern.

**Effringen, den 27. Dez. 1918.**



**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

**Katharine Rothfuß** Witwe

sowie für die zahlreiche Begleitung von hier und auswärts zu ihrer letzten Ruhestätte sagen den innigsten Dank  
die trauernden Hinterbliebenen.

**Möhlingen, 29. Dez. 1918.**



**Todes-Anzeige.**

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe, treubeforgte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

**Karoline Bauer**  
geb. Euginßland

nach kurzer Krankheit im Alter von 63 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
der Gatte **Adam Bauer**, Schafhalter  
mit seinen Kindern  
Beerdigung Dienstag nachm. 2 Uhr.

**Rottweil a. N.**

**Schlaf-, Eß- und Herren-**  
**Zimmer**

in Eichen, Kirsch-, Rüsteren etc.  
kaufen und geben in Arbeit  
gegen sofortige Kassa ent. bei Aufertigung Anzahlung.  
**A. Rath & Sohn, Möbelhalle.**  
NB. Nur gediegene, solide Ware kommt in Betracht.

